

Danziger Zeitung



Beitung

Bernsprech-Anschluß Danzig:
Für Redaktion und Expedition Nr. 18.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Fidele Blätter“ und den „Westpreußischen Land- und Haufreund.“ Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Post 2,25 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch unsere Botenfrauen 2,60 Mk., bei Abholung von der Post 2,25 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2,75 Mk. Interate kosten für die siebengepaßte gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Bernsprech-Anschluß für unser
Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 397.

Nr. 22983.

1898.

Eine Stichprobe aus dem Comptabilitäts-gesetz.

Die Erwartungen, welche an den dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Gesetzentwurf über den Staatshaushalt, das sogen. Comptabilitäts-gesetz, geknüpft worden sind, hat schon die Thronrede erheblich herabgestimmt durch die Erklärung, daß das Gesetz im wesentlichen beabsichtigt, Grundzüge zusammenzufassen und auszustellen, die schon seither bei der Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staates theils im Anschluß an Verwaltungsvorschriften, theils in thatsächlicher Uebung begolgt, in einzelnen Fragen auch bereits mit dem Landtag vereinbart sind. In der Begründung der Vorlage findet diese Aussölung noch schärfer Ausdruck.

Der Entwurf, heißt es, soll in Anziehung der bestehenden Rechte der Krone, der Staatsgewalt und Landesverfaltung keinerlei neue Abgrenzung oder sonstige Änderung herbeiführen. Er beabsichtigt lediglich in den für seinen Bereich in Betracht kommenden Beziehungen gesetzliche Normen für die Ausführung und Ausgestaltung des bestehenden Rechts im einzelnen aufzustellen und dadurch zugleich manigfache in der Praxis hervorgebrachte Meinungsverschiedenheiten zwischen der Überrechnungskammer und den einzelnen Ressorts oder dem Landtag und der Staatsregierung zu beseitigen. Wie das gemeint ist, ergiebt sich u. a. aus einer Bestimmung des Entwurfs, die also lautet: „Von der Einziehung dem Staate zustehender Einnahmen darf nur im einzelnen Falle und, abgesehen von der Unmöglichkeit der Einziehung, nur auf Grund einer durch gesetzliche oder durch königliche Bestimmung ertheilte Ermächtigung abgehen werden. Nur unter gleicher Voraussetzung dürfen auch zur Staatskasse vereinnehmte Beiträge zurückgestellt werden“, und in der Begründung wird bemerkt: „Die Krone hat in Preußen unbestritten von jeher das Recht gehabt und auch thatsächlich geübt, auf dem Gebiete des staatlichen Vermögensrechts im einzelnen Falle einen Erlaß einzutreten zu lassen und die Staatsregierung hat stets an der Ansicht festgehalten, daß dieser Recht auch durch die Verfassungsurkunde keinerlei Einschränkung erfahren hat.“ Das heißt: die Krone hat auch nach dem Erlaß der Verfassung alle diejenigen Rechte, die in der Verfassungsurkunde ausdrücklich aufgehoben sind.

Diese Frage ist vor Jahren im Abgeordnetenhaus verhandelt worden, nachdem bekannt geworden, daß einem aktiven Staatsminister (Dr. Lucius) die Zahlung des Fideicommissstempels in Höhe von 36000 Mk. erlassen worden sei. Damals wurde sowohl von Seiten der Nationalliberalen als des Centrums der Anspruch erhoben, daß eine Begünstigung der Fideicommissbildung nicht erfolgen sollte und daß die Materie in einem künftigen Comptabilitäts-gesetz geregelt werde. Der Vertreter des Centrums verlangte, daß jeder Erlaß von Fideicommissstempeln im „Reichsanzeiger“ publicirt werde — eine Maßregel, von der er eine wesentliche Verminderung der Zahl der Erlasse erwarte. Nach dem jehigen Entwurf sollen in der dem Landtag alljährlich vorzulegenden Uebersicht von den Einnahmen und Ausgaben des Staates die nicht zur Einziehung gelangten und die zurückgestatteten Beiträge u. s. w. mitgetheilt werden, aber nur „summarisch“; der Landtag habe ein berechtigtes Interesse nur insoweit, als die Nachlässe von Einfluß auf die Veranschlagung der betreffenden Einnahmepositionen des Staats sein

könnten! Sollte der Landtag den Vorschlägen in der vorliegenden Fassung zustimmen, so würde der bestehende Zustand in einen gesetzlichen umgewandelt.

Die Organisation der Reichsbank.

Berlin, 16. Januar.

In der Berliner Volkswirtschaftlichen Gesellschaft hielt am 15. d. Ms. der Abgeordnete M. Broemel einen Vortrag über die künftige Organisation der Reichsbank. Der Vortragende bezeichnete die Bankfrage als eine der dringendsten wirtschaftspolitischen Fragen, denn nach der Verlängerung des Privilegiums der Reichsbank im Jahre 1889 müsse vor dem nächsten Ründigungstermine, 31. Dezember 1899, abermals eine Entscheidung über die Organisation der Bank getroffen werden. Wie vor neun Jahren werde im Reichstage, dessen Zustimmung für die Fortdauer des Privilegiums erforderlich sei, der Antrag auf Verstaatlichung gestellt werden. Vamals sei ein solcher Antrag nur mit geringer Mehrheit abgelehnt worden, da, wenn auch von ganz verschiedenen Gesichtspunkten geleitet, Agrarier und Sozialdemokraten dafür stimmten. I. J. 1899 werde die Aussicht auf Annahme wahrscheinlich eher größer als kleiner sein. Die Schwärmer für Verstaatlichung ließen sich auch durch die mit den preußischen Staatsbahnen gemachten Erfahrungen nicht belehren, und doch leide die preußische Staatsbankverwaltung unstrittbar daran, daß sie in hohem Maße burokratisch, im höchsten Maße fiscalisch und, was das Tarifwesen anlangt, dem Einflusse einer politischen Partei, des Arbeiterthums, dienstbar sei. Die gleichen Mängel würden sich auch bei einer Staatsbank herausbilden. Die Agrarier als Realpolitiker hätten freilich gerade die Absicht, sich bei einem Staatsinstitut längeren und billigeren Credit auf Reichskosten zu verschaffen.

Den Gewinn, den die Reichsbank heute etwa zur Hälfte an die Actionären abgibt, wollten manche ganz dem Reiche zuwenden, aber es sei sehr leicht möglich, daß dieser Gewinn, der heute durch die unabhängige, sachgemäße Leitung der Reichsbank herausgebrachte sei, unter einer burokratischen, der Landwirtschaft billigsten Credit spendenden Staatsbank sich verflüchtige. Die Reichsbank habe auch durch ihre Discontpolitik bewiesen, daß sie das allgemeine Interesse über das finanzielle Interesse stelle, denn sie habe sich durch die fünfprozentige Notensteuer nicht abhalten lassen, durch den dem Geldmarkt entsprechenden Discontsatz dem Verkehr zu dienen, wiederholte sei dieser Satz sogar bei Eintritt der Steuerpflicht geringer als 5 Proc. gewesen und geblieben. Die Agrarier wollten die Industrie für sich gewinnen, indem sie darauf verwiesen, daß der deutsche 5 Proc. der Franzose nur 2 Proc. Discont zu tragen habe. Indessen berechte sich für die Jahre 1888 bis 1896 der durchschnittliche Satz bei der Reichsbank nur auf 3,57 Proc. gegen 2,72 Proc. bei der Bank von Frankreich und 3,07 Proc. bei der Bank von England. In diesen Differenzen komme doch nur der verschiedene Kapitalsreichtum der verschiedenen Länder zum Ausdruck, in dem gegenwärtigen höheren Satz aber spiegeln sich ein gewerblicher Aufschwung mit seinen Anforderungen wider, wie er in Frankreich nicht entfernt vorhanden sei. Der Vortragende sprach dann die sonst gemachten Reformvorschläge: Erhöhung des Grundkapitals, verschiedene Bemessung der Steuersätze; Erhöhung des steuerfreien Notencontingents — Vorschläge, von denen der letztere

jedenfalls zu verwerfen sei, wenn gleichzeitig von den beteiligten Einzelstaaten eine Erhöhung der Contingente ihrer Privatnotenbanken gefordert würden, weil dadurch ein offensichtlicher Rückschritt hinsichtlich der schon 1875 angestrebten Einheit des Notenbankwesens gemacht werden würde. Nachdem der Vortragende noch den Nachteil charakterisiert hatte, welchen der seit Einstellung der Silberverkäufe bei der Bank angesammelte Vorrath alter Thalerstücke bilde, schloß er mit einem dringenden Appell an die gewerbetreibenden Kreise sich rechtzeitig und nachdrücklich gegen den Plan einer Verstaatlichung der Reichsbank zu wenden.

In der Discussion nahm Dr. Ludwig Bamberger, den der Vorsitzende, Stadtpraetor Dr. Weigert, unter der lebhaftesten Zustimmung der Versammlung als den Vater des Bankgesetzes feierte, das Wort, um auszuführen, das oberste Prinzip aller Discontpolitik sei, dafür zu sorgen, daß die Bank niemals Gefahr laufe, ihre Noten nicht einzulösen zu können. Mit Vorschriften sei dabei nichts gethan; praktische Vorsicht und Intelligenz, wie sie gerade von der Reichsbankverwaltung behältigt werden, seien von Nöten. Bei der definitiven Entscheidung über das Schicksal der Reichsbank würden vielleicht die Sozialdemokraten noch eher Einsicht zeigen als die Agrarier, wenn sie sich überzeugten, daß im gegenwärtigen Staate die Verstaatlichung nur den agrarischen Gewerbeschäften Gelegenheit bieten würde, ihre Hände tief in den Bankschatz hineinzu伸den. Das Bankgesetz bestehet jetzt fast 28 Jahre, am 9. Juli d. J. feiere das Münzgesetz sein 25jähriges Bestehen. Beide Gesetze hätten sich so bewährt, daß kaum ein Einwand gegen sie erhoben werden könnte; Reichsregierung sowie Handel und Industrie müßten sehr zusammenstehen, um dem wirtschaftlichen Leben Deutschlands diesen Schatz zu erhalten.

Ist gegenwärtig eine Wiederaufnahme der in der Gewerbeordnungsnovelle vom Jahre 1890 zu § 153 gemachten Abänderungs-Vorschläge geboten, und zwar sowohl zur Erweiterung der strafbaren Thatbestände, als auch zur Verschärfung des in Anwendung zu bringenden Strafmaßes?

Ist es häufiger unternommen worden, Arbeiter durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohung, Ehreverleihungen oder Berufserklärungen zur Einstellung der Arbeit zu bestimmen oder an der Aufnahme oder Fortsetzung der Arbeit zu hindern, ohne daß es dabei nachweislich um Verabredung und Vereinigungen der in § 152 bezeichneten Art handelt? Könnte in derartigen Fällen eine Bestrafung nach den allgemeinen Strafgesetzen stattfinden oder mußte eine Bestrafung unterbleiben, weil der § 153 der Gewerbeordnung unanwendbar war?

Hat sich das im § 153 vorgesehene Strafmaß als ausreichend erwiesen, um auch schwerere Fälle der dort bezeichneten widerrechtlichen Einwirkung auf andere zur Durchführung von Arbeitseinstellung, Aussperrung etc. ausreichend zu sühnen?

Waren in den letzten Jahren häufig Arbeits-Einstellungen mit Contractbruch der Arbeiter verbunden und war in solchen Fällen vorher zur Einstellung der Arbeit öffentlich aufgerufen worden? War eine Bestrafung nach § 110 des Strafgesetzbuches unmöglich?

Sind weitere gesetzliche Maßnahmen in Aussicht zu nehmen, um bei grundärlicher Aufrechterhaltung der Coalitionsfreiheit der Anwendung unerlaubter Mittel zur Durchführung der Kämpfe um Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegenzutreten?

Besteht insbesondere nach den dortigen Erfahrungen ein Bedürfnis, bei Ausländern arbeitswillige Personen gegen den Terrorismus der Ausländer und Agitatoren besser zu schützen und diejenigen zu strafen, welche, um andere von der Aufnahme oder Fortsetzung der Arbeit abzuhalten, Posten ausstellen, Arbeitsstätten, Zugänge zu denselben, öffentliche Straßen und Plätze (Bahnhöfe, Hafenplätze) überwachen; Arbeitswillige durch Reden oder Thätsigkeiten belästigen, ihnen das Arbeitsgerüst rechtswidrig vorzuhalten oder beiseite schaffen?

Was nach einer Änderung der Gesetzgebung in diesem Sinne noch von der Coalitionsfreiheit übrig bleibt, ist unschwer zu errathen. Die Veröffentlichung des Rundschreibens ist für die Wahlplakitation nicht ohne Bedeutung. Die Coalitionsfreiheit der Arbeiter wird „grundärlich“ gewahrt, aber jeder Schritt zur Durchführung einer Coalition, selbst die öffentliche Aufforderung zur Teilnahme an derselben, möchte Graf Posadowsky unter Strafe stellen.

Berlin, 17. Jan. Aus Berlin wird dem „Hamburger Correspondenten“ geschrieben: „Die Brüsseler Meldung, Deutschland, Österreich und England hätten die Einladung Belgiens zu einer Zucker-Conferenz angenommen, wird man dahin zu verstehen haben, daß man in Brüssel der Gelegenheit der genannten Regierungen, an einer internationalen Conferenz über die Belebung der Zuckerausfuhrprämien Theil zu nehmen, sicher zu sein glaubt. Das dürfte auch der Sachlage entsprechen, vorausgesetzt, daß es Belgien gelungen ist oder noch gelingt, die Zustimmung Frankreichs zu der zwischen den genannten Regierungen vereinbarten Grundlage für die Conferenzverhandlungen — sofortige oder allmäßliche Aufhebung lämmlicher Ausfuhrprämien — herbeizuführen. Gelingt das nicht, so wird Deutschland und wahrscheinlich auch Österreich die Befürkung der Conferenz ablehnen.“

[Abstimmung des Schweineeinfuhr-Berths.] Die Herren vom Bunde der Landwirthe sind sich über die Absichten der preußischen Regierung betreffend das Verbot der Einfuhr russischer Schweine und russischer Geflügel in authentischer Weise unterrichtet. In der Übersicht über die Entschlüsseungen der Staatsregierung auf Anträge und Resolutionen des Abgeordnetenhauses wird

Deutschland.

Das „vertrauliche“ Schreiben des Grafen Posadowsky.

Das der Geist des „Königs“ Stumm in unseren Regierungskreisen lebendig umgeht, hat sich in verschiedenen Thatsachen seit dem Abgänge des Herrn v. Berlepsch offenbart. Mit einem Kopfschütteln hat man schon die Erklärung des Grafen Posadowsky im Reichstage, die social-reformatorische Politik der Regierung sei keineswegs auf dem „totten Punkte“ angekommen, aufgenommen. Und nun der „vertrauliche“ Erlaß, der auf das Redactionspult des „Vormärz“ geflattert ist. Wie schon berichtet, wird in demselben eine Verschärfung der Strafbestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung erörtert, welcher also lautet:

Wer andere durch anderen und körperlichen Zwang, durch Drohung, durch Ehreverleihung oder durch Berufserklärung bestimmt oder zu bestimmen verfügt, an solchen Verabredungen (Streiks) Theil zu nehmen oder ihnen Folge zu leisten oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern verfügt, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintrete.

Da das Schreiben in der nächsten Zeit die öffentliche Discussion noch oft beschäftigen dürfte, so wollen wir einige der in demselben behandelten Fragen ausführlicher als dieses in dem telegraphisch übermittelten Auszuge möglich war, wiedergeben.

Die Ministerien sollen dem Reichsamt des Innern vertrauliche Aeußerungen zukommen lassen über nachstehende Fragen:

Anfangs war J. C. Meyer ein wenig verdutzt darüber, dann aber gefiel ihm gerade das selbstbewußte Auftreten des jungen Baumeisters. Der muß etwas leisten können, dachte er und brachte seinen Wunsch vor. „Es handelt sich um den Bau einer Villa in Blankenese. Mein Löchterchen — Sie haben sie ja neulich kennen gelernt, bei Senator Döllmann“ — Tröh hatte keine blonde Ahnung — „bei Tische haben Sie ihr, glaub' ich, gegenüber gesessen“ — „Ah, ganz recht!“ Tröh dämmerte ihm die Erinnerung auf an etwas sehr Junges, Jartes, beständig Rächerndes, das während des ganzen Sopers Pralines aus dem Confect-Ausschau genascht hatte, so, also das war Fräulein Meyer gewesen! „Also meines Löschens sehnlicher Wunsch war schon seit Jahren, eine Villa in Blankenese zu besitzen; ich sandt es immer reichlich überflüssig, wir haben ja das schöne Haus am Harvesdehuder Weg, aber wie das so geht. Das einzige Kind, man kann ihm nichts abschlagen. Und so habe ich ihm denn zu Weihnachten ein Marzipanhäuschen unter den Christbaum gestellt und einen Zettel daran: Villa in Blankenese! Man will doch seinen kleinen Spatz machen. Hahahaha!“ J. C. Meyer lachte laut und gewichtig, das behagliche Lachen eines gutmütigen, gelundenen, sehr saiten Menschen! „Und nun bitte ich Sie, Herr Baumeister, mir mal so etwas zu machen, einen kleinen Plan, Löschchen brennt natürlich darauf, daß die Sache bald ausgeführt wird, am besten wäre es, Sie besuchten uns einmal und besprächen alles mit der Altein, die Villa soll ja ihr Eigentum werden. Und sie hat so ihre ganz besonderen Ideen, 'ne fige Deern! Was die alles weiß! Gotischer, byzantinischer, romanischer Stil, das geht nur alles so durcheinander!“

„Eine nette Aussicht!“ dachte Tröh Olsers. Und sie verabredeten den Besuch. Am nächsten Nach-

mittag schon saß der junge Baumeister in dem prächtigsten Salon am Harvesdehuder Weg zwischen Mama und Löchterlein Meyer. „Löschchen“ hatte ihn mit diesem Erröthen empfangen. Ein süßer Backfrisch, frisch, zart, unbedeutend, malgläckhaft hübsch. Bald thautete sie auf und entwickelte dem Architekten ihre Ideen! Herrgott, was hätte sie für kühne Ideen! Es war ganz unglaublich, was sie alles verlangte: Die Villa sollte im Rococostil sein — aber auch an eine mittelalterliche Burg erinnern. Ronnie man nicht irgendwo eine kleine Zugbrücke anbringen? Das sieht so himmlisch romantisch aus! — Und an einer Seite, nach der Elbe hinaus, mußte sie eine ionische Säulenhalde haben, recht lustig und großartig! Vor allem sollte ein großer Ballaal nicht fehlen, natürlich auch ein Wintergarten, eine Bibliothek und ein Thurmgeschoss; recht idyllisch sollte die Villa sein, aber doch auch elegant; „was sie kostet, ist ganz egal, nicht wahr, mein süßer Papa?“ J. C. Meyer war inzwischen auch hereingekommen. „Etwas ganz Apelles soll's werden, so daß nachher alle Bekannten „paff“ sind!“ — „Und dann schreiben wir mit goldenen Buchstaben „Villa Paff“ über den Eingang, nicht wahr?“ „Hahahaha!“ lachte der glückliche Vater des anspruchsvollen Löschens. Tröh Olsers hörte alles still lächelnd an, dann aber setzte er der jungen Dame auseinander, daß alle ihre Wünsche unmöglich berücksichtigt werden könnten, eine griechische Säulenhalde und daneben eine Zugbrücke! Aber er wollte ihr schon etwas nach ihrem Geschmack vorstellen. Und einige Tage später legte er ihr den Entwurf eines lugubriösen, festlich heiter ausschende Barockschlößchens vor, welches auch unverzüglich als „ganz süß, geradezu himmlisch!“ erklärt wurde. „Ja, so soll die Villa werden.“ (Fortl. folgt.)

Feuilleton.

Sanitätsratsch. Türkin. (Nachdr. verboten.) 87) Eine Kleinstadt-Geschichte von Klaus Altstadt.

21. Kapitel.

Lischen Meyers Villa.

Fritz Olsers war damals — nach den verhängnisvollen Junitagen — in sehr elender Stimmung, mit sich selbst und der Welt zerfallen, nach Hamburg zurückgekehrt. Im Juli unternahm er die geplante Reise nach Chicago. Das bunte, geräuschvolle Treiben, hoffte er, würde ihm über sein Elend hinwegheilen — und bis zu einem gewissen Grade gelang das auch. Von der Weltausstellung selbst war er ebenso wie von der Großartigkeit des amerikanischen Lebens überwältigt. Nach vierwöchigem Aufenthalt in der Weltstadt am Michigansee unternahm er noch eine kurze Reise nach den interessantesten Punkten Nordamerikas, bevor er sich in New York wieder einschiffte. Das war ein Land, ein Volk, eine Civilisation, die ihm, dem zweckmäßigen Fanatiker, imponierten. Da wehte eine große, freie Luft — ein Lufzug aus dem kommenden Jahrhundert!

Aber Fritz Olsers vermochte es nicht, sich den großartigen, erfrischenden, reichen Eindrücken unbefangen hinzugeben. Ein peinliches, dumpfes Wehegefühl wollte nicht von ihm weichen. Immer war es da, still bohrend, nagend, — immer magnte es ihn mit quälendem Vorwurf: Das wäre ein anderes, reicheres, wertvoller Leben gewesen — mit ihr! Alles Schöne, Große in ihren Augen sich spiegeln zu sehen, alle Gedanken mit ihr austauschen zu dürfen, alle Empfindungen mit ihr theilen, diese süße, weiche, beruhigende

zu dem Beschuß des Abgeordnetenhauses vom 6. Februar 1897, der die Untertragung jener Einfuhr forderte, kurzweg noch bemerkt: „Dem Antrage, die Einfuhr von russischem Geflügel und von russischen Schweinen nach Oberschlesien zu verbieten, ist nach eingehender Erwägung bisher nicht stattgegeben.“ Zu der weiteren Forderung, die Einfuhr von frischem Fleisch aus den Niederlanden zu untersagen, wird bemerkt: Die Einfuhr wird im Zusammenhang mit der geplanten allgemeinen Fleischschau an der Grenze geregelt werden. Zu einem völligen Verbot dieser Einfuhr lag nicht genügender Anlaß vor. Auch die Verlängerung der Quarantäne gegen das deutsche Vieh auf vier Wochen ist abgelehnt; dieselbe sei nach dem Stande der Geüche in Dänemark, dessen Inseln für jede Viehausfahrt gesperrt seien, nicht angängig.

[*Syndici der Handelskammer.*] Wie die „Rhein.-Westl. Ztg.“ erfährt, soll künftig hin die Thätigkeit der Syndici der Handelskammern in Preußen seitens des Staates in ausgedehnterem Maße in Anspruch genommen werden, als es bisher der Fall war. Namentlich sollen dieselben noch mehr als bisher zur Bearbeitung von Spezialfragen als Mitarbeiter der Staatsregierung herangezogen werden. Verdienten Syndici soll dann künftig als Anerkennung seitens des Staates der Titel als Regierungsrath verliehen werden.

[*Die „Unabhängigen“.*] Aus Berlin schreibt man uns: In den Kreisen der Conservativen, des Bundes der Landwirthe, der Stöckerianer und der „reinen“ Antisemiten gehört es neuerdings zum „guten Ton“, auf seine Unabhängigkeit von der Regierung zu pochen. Damit verträgt sich aber nicht die Thatsache, daß man es der Regierung und den staatlichen Behörden sehr verübt, wenn diese bei den Wahlen den genannten Parteien ihre Unterstützung versagen. Charakteristisch hierfür ist eine Episode aus der letzten Stöckerversammlung am 14. d. M. Der bekannte conservativ-antisemitische Stadtverordnete Prezel kam auf die jüngsten Stadtverordnetenwahlen zu sprechen und teilte dabei, wie es in einem Bericht des „Volk“ heißt, merkwürdige Vorkommnisse bei seiner Wahl mit:

Es war mir auffallend, daß Beamte, die ich als conservativ kannte, für den Freisinnigen stimmten und auf meine Erkundigung erfuhr ich, daß sie von ihrem Vorgesetzten die Ordre bekommen hatten, dem Freisinnigen ihre Stimme zu geben. „Wir bedauern sehr“, sagte einer, „Ihnen unsere Stimme nicht geben zu können. So lange ich lebe, habe ich nicht anders als conservativ gewählt. Jetzt kommt die Ordre, für den Freisinn zu wählen.“ Ich bin, erzählte Prezel weiter, zu dem höchsten Vorgesetzten hingegangen und habe gefragt: Wie ist das möglich? Er sagte mir: „Ordre gegeben haben wir nicht. Aber ein Freund von mir hat gesagt, der andere sei ein anständiger Mann und da ist der „Wunsch“ ausgesprochen worden.“ — Später bekam ich eine anonyme Karte, deren Inhalt mir aber sehr wahrscheinlich ist. Danach war Freiheit von Mirbach die treibende Kraft. (Bewegung.) Dann war ich bei dem Minister, um ihm diese Angelegenheit mit allen Namen mitzuhülen. Der Herr trat außerordentlich warm für meine Wahl ein.

So Herr Prezel. Ein Trost für ihn war wenigstens das Wohlwollen des Ministers. Leider erfahren wir nicht, welcher Minister hier in Frage kommt, vermutlich der Minister des Innern. Herr Prezel lehnt sich nach der Zeit zurück, da unter dem Regime des Ministers v. Putthamer die Schutzeule an die Wahlurne commandirt wurden, um die Pickenbach und Genossen zu Stadtverordneten zu wählen.

Doch der Fall Prezel nicht vereinzelt dasteht, brauchen wir kaum hervorzuheben. Nein, er ist typisch nicht bloß für die Zustände in Berlin, sondern diejenigen überall im Lande. Diese Leute rühmen sich jederzeit ihrer „Unabhängigkeit“ und geben ihrem Abscheu vor dem „Gouvernementalismus“ Ausdruck, zeigen sich aber höchst entrüstet, wenn ihnen bei politischen und kommunalen Wahlen der behördliche Apparat nicht zur Verfügung gestellt wird.

[*Eigenartige Taktik.*] Eine bemerkenswerthe Zuschrift erhält die Berliner „Volks-Ztg.“ von einem Mitgliede des Vorstandes des freisinnigen Vereins der Halleischen Thorbezirke. In einem Bericht über die jüngste Sitzung des freisinnigen Vereins der Halleischen Thorbezirke, in der Abg. Träger einen Vortrag hielt, sagt die „Frei. Ztg.“, es seien Stimmen laut geworden, „da eine Einigung aller Liberalen dringend empfohlen und dabei durchblättern ließen, sie hielten die Führer der deutsch-freisinnigen Volkspartei nicht für schuldlos an diesen Unrichtigkeiten“, um dann fortzufahren: „dies gab dem Vor-

tragenden Gelegenheit, den Beweis zu führen, daß seitens der Parteileitung nichts geschehen sei, was Berechtigung zu den von der freisinnigen Vereinigung fortwährend betriebenen Machenschaften gebe. Auch vom Vorstande des Vereins aus wurde diesen Machenschaften eine Abjage zu Theil, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ.“ Hierzu ist zu bemerken: 1. Von einer Einigung aller Liberalen ist nicht die Rede gewesen, sondern von der Notwendigkeit einer Verständigung zwischen den beiden freisinnigen Parteien. 2. Herr Träger hat keinen Beweis der Art, wie die „Frei. Ztg.“ angibt, geführt, sondern nur auf die Zeitungen im allgemeinen und auf die „Frei. Ztg.“ im besonderen verwiesen, um darzuhalten, daß die Leitung der freisinnigen Volkspartei den Verlusten zu einer Verständigung zu gelangen, nicht entgegengetreten sei. Herr Träger erklärte übrigens, daß er selbst der Parteileitung nicht angehört, persönlich zur Verständigung geneigt und bereit sei, was in seinen Kräften steht, zu thun, um diese Verständigung herbeizuführen. 3. „Dom Vorstande aus“ ist überhaupt nicht in die Diskussion eingriffen worden. Es haben mehrere Vorstandsmitglieder gesprochen, die nicht in allen Punkten mit einander übereinstimmen, darin aber, wie auch alle anderen Redner, einig waren, daß eine Verständigung der beiden Parteien nötigstünde müsse, wenn die Freisinnigen mit Aussicht auf Erfolg in den Wahlkampf gehen wollten. Dies ist die Thatsache, und gerade sie verschweigt der Bericht der „Frei. Ztg.“

So die Zuschrift eines Vorstandsmitgliedes, das — wie die „Volks-Ztg.“ bemerkt — seit Jahren im Dienste der freisinnigen Idee hervorragend thätig ist.

[*Einführung des Branntweinmonopols in Russland.*] Mit dem 13. Januar, als dem russischen Neujahrstage, ist in ganz Russland das Branntweinmonopol eingeführt, wonach die private Production von Branntwein bei schwerer Strafe untersagt ist. Den bisherigen Inhabern von Großdestillationen mit Dampfbetrieb ist es anheimgegeben, zwei Monate lang für die Regierung probeweise zu liefern; doch haben die meisten wegen des geringen Nutzens, der die Aufrechterhaltung des Betriebes gar nicht lohnen würde, davon Abstand genommen. Die Restaurants zerfallen von nun an in drei Kategorien nach dem Reglement der Behörde: 1. solche, die alle Spirituosen in Flaschen und glasweise zu beliebiger Menge verkaufen dürfen; 2. solche, die zwar flaschen- und glasweise, aber nur in beschränkter Menge, verkaufen dürfen; 3. solche, denen nur der flaschenweise Verkauf in beschränkter Menge gestattet ist. In den letzteren Restaurants ist der Aufenthalt nur zum Kauf von Spirituosen, nicht aber zu deren sofortigem Genuss gestattet. Diese letztere Gattung von Schanklocalen überwiegt; das Verhältniß der drei Kategorien zu einander ist 1 : 8 : 20.

[*Verband deutscher Festungsstädte.*] In der von dem Oberbürgermeister Dr. Bässner in Mainz im Auftrage des Verbandes deutscher Festungsstädte verfaßten Denkschrift wird von städtischer Seite mitgetheilt:

Fast alle deutschen Festungsstädte, namentlich die größeren, haben Beiträge nach hier gesandt und ihrem Leid Ausdruck gegeben. Und da hört man denn, daß nicht nur die steinernen Festungsmauern wie ein Alp auf die genannten Städte drücken, sondern daß auch in den meisten Fällen das wenig entgegenkommende Verhalten der Reichsmilitärverwaltung hemmend im Wege steht. Namentlich Straßburg führt bittere Klage und auch die aus Wies., Aalen, Magdeburg, Spandau, Thorn., Posen, Germersheim, Ingolstadt laufen ähnlich. Am meisten Grund zur Beschwerde aber hat Mainz, das von dem Kriegsministerium wenig Entgegenkommen erfahren, wie auch in der Denkschrift des Mainzer Oberbürgermeisters betont ist.

[*Lohnbewegung im Baugewerbe.*] Daß eine außerordentlich große Lohnbewegung im Baugewerbe in diesem Jahre zu erwarten ist, wird in einem Auftruf des Vorstandes des Centralverbandes der Maurer bestätigt, es wird mitgetheilt, daß „In wenigstens 250 Orten die Collegen ver suchen werden, eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen, über 80 Orte seien schon bekannt, wo bereits die Collegen Forderungen an die Unternehmer gerichtet haben“. 800 000 Mk. haben die Lohnkämpfe im Maurergewerk im vorigen Jahre gekostet, 195 000 Mk. sollen aus dem Centralstreikfonds gedacht werden, der Rest sei zum größten Theile den Lokalkassen der Zahlstellen entnommen, oder von den Maurern, die während des Streikes zu den neuen Bedingungen arbeiteten, aufgebracht worden. Der Centralvorstand

fordert nun angesichts der zu erwartenden außergewöhnlich großen Lohnkämpfe die Maurer auf, mit der Ausbringung der Gelder für den Streikfonds spätestens mit dem 1. März zu beginnen.

[*Das mobile Vermögen Englands, Deutschlands und Frankreichs.*] Das internationale statistische Institut zu Rom hat den Bericht des Herrn Neymark über die Arbeiten der Commission für das bewegliche Vermögen der europäischen Staaten veröffentlicht. Die Commission schätzt es für England auf 182,6, für Deutschland auf 92,0 und für Frankreich auf 80,0 Milliarden Franken. Auch hier also nimmt das vor noch nicht langer Zeit als so arm verherrigte Deutschland die zweite Stelle nach England und vor Frankreich ein. Es dürfte aber das letztere Land, das tatsächlich in einen Zustand der wirtschaftlichen Stagnation, wenn nicht des Rückganges gerathen ist, noch weiter überholen. Es wird u. a. in Paris stark über die Sterilität der Effectenbörse geklagt, während Berlin auf diesem Gebiete eine steigende Thätigkeit entfaltet. — Gegen die drei genannten Staaten stehen die übrigen weit zurück, und zwar Russland mit 25,4 und Österreich-Ungarn mit 24,5 Milliarden, Italien mit 17,5 ist nicht viel reicher als Holland mit 13,6 Milliarden. In Betracht zu ziehen ist auch noch, daß sich das schwer zu ermittelnde hypothetische Vermögen in Deutschland viel höher belauft dürfte als in jedem anderen europäischen Staate.

[*Wasserstraße Berlin - Stettin.*] Der Ausschuß der Interessenten für den Bau einer neuen Wasserstraße Berlin-Stettin hielt am Sonnabend eine Sitzung ab, zu welcher Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein erschienen war. Geheimrat Wittich sprach namens des Centralvereins für Hebung der deutschen Fluss- und Kanalschiffahrt dem Herzog den Dank für die Übernahme des Protectorats aus. Herzog Ernst Günther sprach über die Ausichten des projectierten Kanals. Das von den einzelnen Interessentengruppen gesammelte statistische Material wurde dem Bureau übergeben.

[*Feuerbestattungen*] haben stattgefunden in Gotha vom 26. September bis 22. Dezember 1897 39, in Hamburg vom 31. August bis 28. September 6, in Heidelberg vom 2. Oktober bis 28. November 20, in Göteborg vom 28. September bis 2. November 4, in Stockholm vom 15. Oktober bis 18. November 4. Unter den in Gotha Bestatteten befanden sich: Reichstagsabgeordneter Grillsberger, Professor Söhme aus München, General v. Sucro aus Erfurt, General der Infanterie v. Schachtmeier aus Celle, Professor Hüter aus Marburg.

Hamburg, 15. Jan. Wie hier verlaute, beschäftigt die Hamburg-Amerika-Linie im Einverständnis mit dem norddeutschen Lloyd sich bei der beabsichtigten Erweiterung des Reichspostdampferdienstes nach Ostasien um eine Beleihung an der Subvention zu bewerben, die die Expedition von Reichspostdampfern aus Hamburg ermöglichen soll.

Coloniales.

[*Prozeß Jahnke.*] In der Urtheilsbegründung des Prozesses gegen den Betriebssekretär Richard Jahnke, gegen den (wie telegraphisch gemeldet) die kaiserliche Disciplinarhukammer am Sonnabend auf Dienstentlassung und Auferlegung der Kosten des Verfahrens erkannt hat, heißt es:

Der Gerichtshof ist nicht der Meinung, daß der Angeklagte auf Grund amläicher Kenntniß dem Schröder die drei Briefe geschrieben hat. Wohl hat der Angeklagte dem Schröder vor der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung Mittheilung gemacht, nachdem er das von dem Bezirksamtmann v. Rhode ihm dictierte Protokoll geschrieben hatte. Es ist aber nicht erwiesen, daß der Angeklagte dem Schröder von dem Inhalt des Protokolls Kenntniß gegeben hat. Der Gerichtshof ist vielmehr der Meinung, daß der Angeklagte das, was er aus den privaten Gesprächen der Beamten entnommen, dem Schröder mitgetheilt hat. Es ist aber dabei zu berücksichtigen, daß die Beamten diese Gespräche nicht gehabt und dem Angeklagten keinerlei Mittheilungen gemacht hätten, wenn derselbe nicht Beamter gewesen wäre. Der Gerichtshof ist daher der Meinung, daß der Angeklagte wohl nicht direct Amtsgeheimisse, so doch aber Dinge verraten hat, die er vermöge seiner Amtsgegenhaft erfahren hatte. Der Angeklagte hat daher das in ihm als Beamter geübte Vertrauen verloren. Er hat durch Mittheilungen an Schröder den Gang der Untersuchung zu durchkreuzen versucht und dadurch einen schändlichen Treubruch begangen. Der Angeklagte hat dies auch gewußt, er hätte sonst die zwei ersten Briefe nicht als „vertraulich“ bezeichnet. Der Angeklagte hat sich daher durch Dergehen außer dem Amt der Aktion, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt. Der Gerichtshof hält aber auch die Darlehnsentnahme für eine

Actes wurde der Dichter zuerst gerufen. Im zweiten treten die Weiber in Action, die herrische Herodias, die vor dem Liebreise der eigenen Tochter Salome zittert ihrem Gatten, dem Vicekönig gegenüber — Fräulein Dumont und Frau Sorma als diese „Blume von Saron“ — fröhlich und lustig gepflicht zu werden. Herodias erkennt schnell genug, daß ihr Besitz die Leidenschaft Herodes abgeschwächt, daß ihr nur die Macht noch begehrswert sein darf — „um eines Russen willen bin ich nicht gekommen“. Diese beiden Frauen in ihrer Wildheit und Verschlagenheit sind vorzüglich geschildert, die reise Verdorbenheit, die instinctive. Auch der schlaue Herodes, der den Vater um den Beinamen des Großen beneidet, den Römern kahnenbüttel und aus Macht sinn — Herr Reicher — ist eine höchst interessante Persönlichkeit. Salome sieht den Johannes und liebt ihn, begeht ihn auf den ersten Blick, sie umgarnt aber auch den Stiefvater, der von ihrem Liebreise geblendet ist. Herodias, die den Täuscher, welchem alles Volk zujußt, für ihre ehrgeizigen Pläne gewinnen will, bekommt von Johannes die derbe Wahrheit ins Gesicht geschleudert und wird seine erbitterte Feindin. Im dritten Act will Johannes auf Andringen seiner Jünger dem Herodes und der Herodias den Weg in den Tempel wehren, schon hebt er den Stein, um ihn auf die Ehebrüderin zu werfen, da erinnert er sich der Worte, die ihm von dem großen Nazarener erzählt sind, daß die Liebe über dem Gesetz siehe, er läßt den Stein zu Boden gleiten. Er versteht sich selber nicht mehr — er hat bisher nur zu eisern gewußt. Die letzten Acte bringen seine Einkherkerung. Salomes Werben um ihn, seine Zurückweisung, ihren Hass, der sich mit dem der Mutter paart — seinen Tod nach ihrem Tanze vor dem Vater und seinem römischen Gäste, in Folge der Bitte um „sein Haupt auf einer goldenen Schüssel“. Ehe Johannes stirbt, tragen ihm seine Jünger noch eine Botschaft zu, von dem großen Nazarenen — er weiß nun, daß der

da ist, der nach ihm kommen soll und geht unbewegt in den Tod. Sein Haupt fällt, Herodias giebt die freudige Schilderung, daß Salome, deren kindlichen Willen sie selber zu lenken geglaubt hat, während Salome bewußt und hassen war, mit der Schädel drüben tanzt — dann saucht das Volk, man sieht Menschen, die Palmen in die Hände heben und Hosanna jubeln — der Erlöser sieht ein, Herodes verhüllt sein Haupt — der Einzug findet, während die ersten Acte in Jerusalem spielen, in einer ungenannten Stadt Galiaos statt. Die Sprache ist schwungvoll und bildreich, dem Ton der Zeit angemessen, ohne darin zu viel zu thun. In diesem Werke Sudermann steht die stärkste Arbeit und die größte Kraft — ein gewaltiger Ernst. Rauschend, sich steigernder Beifall rief den Dichter nach jedem Act immer häufiger vor den Vorhang, zum Schlus war's heller Jubel und ganz zum Schlus wollte das Publikum, das nicht von seinen Plänen wußt, Rainz und siehe, Sorma auch sehen, man lächle, man klatsche, als wolle man mit Gewalt die starke Regel, daß die Künstler nicht herauskommen sollen, brechen — darauf antwortete der eiserne Vorhang, der unbarmherzig zu fallen begann; Leute, geht nach Hause.

Gepliert ist grohartig, ganz besonders von den

Genannten, aber auch in den Episoden, und die Ausstattung ist eine wundervolle, echt morgenländische Scenerie, Pracht, treue Kostüme. Und ein voller Erfolg? Er wurde schon im Foyer angezeigt, man wird so wohl genug einwenden. Ich meine, die gewaltige Figur des ersten Täusfers, der Stimme in der Wüste, ist wirklich mächtig ergriffend vor uns hingestellt. Und mir fällt Altwater Goethe ein mit seinem Wort über das Publikum und die Kritik, die beide bis dahin, daß man ihnen gab, gar nicht wußten, daß so etwas werden könne und denen man doch dann, nachdem sie es haben, noch etwas schuldig geblieben ist. So mag es ja wieder einmal gehen.

Von der Marine.

Berlin, 17. Jan. (Tel.) Mit der Vertretung des Capitäns Rosendahl als Präses des Torpedoversuchs-Commandos ist Capitänleutnant Recke betraut worden.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Reichstag.

* Berlin, 17. Januar.

Der Reichstag verließ den Etat des Reichstages und des Reichsamtes des Innern. Bei letzterem kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Sozialdemokraten und dem Staatssekretär Grafen Posadowsky aus Anlaß des vom „Vorwärts“ dieser Tage veröffentlichten vertraulichen Erlasses des Reichskanzlers über die Coalitionsfreiheit.

Abg. Wurm (Soc.) charakterisiert den Erlass als einen unerhörten Streich gegen das Coalitionsrecht der Arbeiter; gegen die schwarzen Listen der Unternehmer thue man nichts, es werde eben mit zweierlei Macht gemessen. Mit diesem Erlass in der Hand würden die Socialisten in den Wahlkampf gehen unter der Parole: „Weg mit diesen Ministern, weg mit dieser Regierungswiese.“

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, der Terrorismus der Agitatoren müsse gebrochen werden. Die Regierungen würden rücksichtslos von ihrer Macht Gebrauch machen, um Arbeitswillige gegen diesen Terrorismus zu schützen. Der Staatssekretär bedauert, daß ein ehrloser, ehrlicher Beamter den Erlass an den „Vorwärts“ gegeben habe, aber der Heßler sei so gut wie der Stähler. Die anständige Presse sollte derartige entwendete Schriftstücke überhaupt nicht publicieren.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsv.) secundirt dem Staatssekretär und hofft, die Arbeiter würden sich bald von den blutsaugerischen Helden los sagen, die von ihren sauer erworbenen Groschen sich mästen.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Singer (Soc.) und des Staatssekretärs Grafen Posadowsky wurde die Debatte auf morgen vertagt.

Berlin, 17. Jan. In der heute abgehaltenen Sitzung der Budgetcommission des Reichstages erklärte der Staatssekretär des Reichspostamtes v. Pobbielski, dem Bundesratte sei eine Vorlage über eine Heraussetzung des Maximalgewichtes für Briefsendungen zugegangen, die den Reichstag demnächst beschäftigen werde. Bezuglich des Telephones erklärte v. Pobbielski, er könne es nicht verantworten, einem Theile der Bevölkerung das Tragen von Rösten für Einrichtungen zu zulassen, die dem anderen Theile der Bevölkerung zu gute hämen; so lange die zur Zahlung der Gespräche notwendige Erfindung noch nicht gemacht sei, müsse an dem Pauschal festgehalten werden. Betreffs der Privatposten erstrebte er die Durchführung eines Monopols wenigstens für geschlossene Briefe. Eine Vorlage wegen einer Zeitungstarifreform sei dem Reichstage noch nicht zugegangen wegen des im Reichspostamt eingetreteten Personenwechsels und wegen Belösung des Staatssekretärs und der Centralverwaltung durch Bearbeitung von anderen in Aussicht genommenen Reformen. Der Staatssekretär sicherte auf das bestimmteste eine betreffende Vorlage für die nächste Session zu. In Aussicht stellte er eine weitere Vernehmung der Inter-

Gudermanns Tragödie „Johannes“ im Deutschen Theater.*

Bon. G. Bely.

Berlin, 15. Januar.

Das war ein Bogen, Rauch und Raufen in dem bis auf den letzten Platz gefüllten Hause — dies war an sich eine Gebenswürdigkeit. Was bekam man nicht alles für sein Eintrittsgeld mit zu betrachten: die geistige und gesellschaftliche Elite Berlins. Kundiige kannten jeden und jede im Parquet, in den Logen, im ersten Rang. Die Damen hatten festliche Toilette gemacht, Fremde waren zugereist. Georg Brandes scharfes Profil tauchte im Spiegel auf, der Besitzer von Cottas Verlag, der Verleger Gudermanns, Adolf Kröner, die ganze Schriftstellerwelt war versammelt, die hervorragenden Bühnenkünstler, als frischster einer Friedrich Haase, lämmliche Theaterdirektoren, darunter der am selben Tage zum Hofburgtheater-Director ernährte Paul Schleicher mit seiner Gattin. Diese Neuigkeit erzählte man sich vor dem Ausgehen des Vorhangs. Ausverkauft natürlich alles — an der Kasse aber bereits wieder Einkauf für den folgenden Tag. Natürlich war durch die ansprechenden Wagen vor dem Portal kaum hindurch zu gelangen gewesen — so steht eine echte und rechte Première aus — diese war ja seit dem Sommer vorbereitet gewesen. Das Verbot hatte die glänzendste Reklame gemacht, die Spannung aufs höchste gesteigert. Und nun sah man sich beim Zeichen des Beginnes in Postur, ein jeder fühlte sich mit verunsich, zu richten, das Publikum solcher Erstaufführung kennt selten die Stimmung naiven, reinen Genusses — man hat es so mit der Zeit in der Großstadtlust künstlich geübt. Ich dachte zurück an die Hitze und Schwüle

*) Die Druckausgabe dieses Gudermann'schen Bühnenwerkes ist soeben in 11. Auflage im Verlage der J. C. Cotta'schen Buchhandlung in Stuttgart erschienen.
D. Red.

essenten. Letzteres wurde aus der Mitte der Commission vielfach angefochten. Die Interessen seien genug zu Worte gekommen. Abg. Paasche (nat.-lib.)¹⁾ wies ziemlich die gerade hier vorliegenden Misverhältnisse zwischen Leistung und Gegenleistung in postpolitischer Beziehung nach. Abg. Hammacher (nat.-lib.) betonte, es bleibe nur übrig, auf dem Wege der von ihm verurtheilten Inseratensteuer der Sache beizukommen, wenn die unerhörten Misstände nicht auf dem Wege der Tarifreform beseitigt würden. Abg. Müller bestritt, daß eine Berücksichtigung des Gewichts bei der Tarifirung Nachtheile für die Papierindustrie haben müsse.

Abgeordnetenhaus.

○ Berlin, 17. Januar.

Die Generaldebatte über den Etat eröffnete Abg. Sattler (nat.-lib.). Derselbe beklagt sich über Steuerabschereien und Uebergänge der Polizei, vermischt eine Medizinalreform und ein Expropriationsgesetz und behauptet, daß die Eisenbahnverwaltung den Bedürfnissen des Verkehrs nicht gerecht werde. Er erklärt sein Einverständniß mit der Polenpolitik der Regierung und befürwortet, die gesammte deutsche Produktion zusammenzufassen zu einer gemeinsamen Action in der Wirtschaftspolitik.

Frhr. v. Sedlitz (freicons.) ergeht sich in Lobpreisungen auf unsere Finanzpolitik und ist erfreut, daß eine größere Geschlossenheit und Entschlossenheit jetzt bei der Regierung vorhanden sei.

Abg. v. Strombeck (Centr.) verlangt u. a., daß amtliche Publicationen auch den Oppositionsblättern übertragen werden. Die Vermehrung der Richter sei noch unzureichend, hier sei Sparsamkeit nicht angebracht. Er bedauert die dispartitäre Behandlung der katholischen Kirche gegenüber der evangelischen.

Abg. Graf Limburg-Stirum (cons.) spricht den Wunsch aus, in dem neuworbenen Gebiet in Ostasien möge die Regierung das Bergbauwesen und die Eisenbahnen selbst verwalten und nicht etwa einem Syndicate übergeben. Redner ist gegen eine Verbilligung der Eisenbahn-Personentarife und hält die Erhöhung des landwirtschaftlichen Dispositionsfonds für nicht genügend.

Abg. Richter (freis. Volksp.) greift scharf Miquels Finanzpolitik an und tritt für eine umfassende Eisenbahnreform, Neuregelung des Wasserrechts und Reform des Disciplinarverfahrens gegen Beamte, deren Notwendigkeit durch den Prozeß Taufu wieder erwiesen sei; er wendet sich gegen den Zickzackurs in der Polenpolitik und erklärt sich deshalb namens seiner Freunde gegen die Novelle zum Ansiedelungsgesetz. Wenn die Neuwahlen eine reactionäre Majorität ergeben, dann würden wir Zuständen entgegengehen, von denen uns die jegliche Politiezwirtschaft einen kleinen Vorgeschmack giebt.

Als dann wurde die Berathung, welcher sämtliche Minister, mit Ausnahme des Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe, beigewohnt hatten, auf morgen vertagt.

Zolas Kampf.

Berlin, 17. Jan. Wie der Pariser Correspondent des „Lokalans.“ meldet, erklärte ihm Zola heute: „Bisher ist noch keine Verständigung erzielt. Heute steht nicht mehr meine Person in Frage. Der Kampf ist allgemein geworden zwischen Recht und Unrecht. Ich habe die einzige patriotische Besorgniß, nur allzu sehr Recht zu behalten.“

Eine Note, welche die officielle „Agence Havas“ heute veröffentlicht, lautet: „Mehrere Blätter fordern den Kriegsminister Billot auf, die Erklärungen zu veröffentlichen, welche der Capitän Dreyfus am Tage seiner Degradierung dem Hauptmann Lebrun-Renault gemacht hat. Durch eine derartige Veröffentlichung würde die Regierung aber eine abgeurtheilte Sache zur Discussion stellen und es würde scheinen, daß die Regierung an der Autorität der abgeurtheilten Sache zweifle. Wir glauben zu wissen, daß die Regierung nicht glaubt, das Recht zu haben, eine derartige Mitteilung zu machen, aus den gleichen Gründen, woraus sie beschlossen hat, das Kriegsgericht im Jahre 1894 vor verschlossenen Thüren verhandeln zu lassen.“

Paris, 17. Jan. Die Deputirtenkammer hat mit 310 gegen 252 Stimmen auf Antrag des Ministerpräsidenten Méline die Berathung der Interpellation Cavaignacs über die heutige Note der „Agence Havas“ vertagt.

Berlin, 17. Jan. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt: „In der englischen Presse war kürzlich die Meldung aufgetaucht, daß ein Besuch des Kaisers in Cowes für den kommenden Sommer mit der englischen Königsfamilie verabredet sei. Diese Nachricht beruht ihrem ganzen Inhalte nach auf freier Erfindung.“

Nach einer Meldung der „Königl. Ztg.“ ist die Kaiserin im wesentlichen wiederhergestellt, so daß sie voraussichtlich an der Feier des Geburtstages des Kaisers Theil nehmen wird.

Nach einem Telegramm der „Doss. Ztg.“ aus Rom werden die dortigen deutschen Clericalen der Kaiser-Geburtstagfeier der deutschen Kolonie fernbleiben, weil ihr Anspruch, einen Trinkspruch auf den König Humbert zu unterlassen, zurückgewiesen wurde.

Prag, 17. Jan. Die heutige Sitzung des Landtages begann um 11½ Uhr; schon lange vor dieser Zeit war der Saal überfüllt und auch auf der Straße stand vor dem Gebäude eine große Menschenmenge. Nach der Verlesung der Eingänge und angemeldeten Interpellationen ergriff der Abg. Wolf das Wort und klagte über die Belästigungen seitens der Bevölkerung Prags.

Pest, 17. Jan. Nach Meldungen hiesiger Blätter ist es unvermeidlich, daß in der Unabhängigkeitspartei eine offene Krise ausbricht.

indem Just und Genossen, welche Anhänger der Obstruktion waren, in Folge der Erfahrungen der letzten Zeit gegenüber dem Programm der Rossuth-Faktion ihr Mißtrauen aussprechen wollen. In der Rossuth-Faktion befinden sich 12 Mitglieder, welche gegen die letzte Waffen-niederlegung Stellung nehmen und entweder eine besondere Partei bilden, oder in die Ugron-faktion eintreten wollen.

Havanna, 17. Jan. Ein gewisser Picore gab gestern, ohne zu treffen, zwei Revolverschüsse auf den Präfekten ab, als dieser mit General Blanco dem Ballspiel beimhante. Blanco und dessen Adjutant nahmen den Attentäter fest, welchen die Anwesendenlynchen wollten. Picore wurde ins Gefängnis gebracht. Es herrscht vollständige Ruhe.

Die chinesische Anleihe.

London, 17. Jan. Die „Times“ meldet aus Peking: Der britische Gesandte hat dem Tsung-li-Yamen mitgetheilt, England sei bereit, China zur Bezahlung der Kriegsentschädigung an Japan zu verhelfen durch die Anleihe von 12 Millionen £. Sterl. al pari auf fünfzig Jahre vierprozentig einschließlich der Amortisation. Die Bedingungen seien folgende: Eröffnung dreier Vertragshäfen, Talienvan, Siangin in der Provinz Hunan und Nanning, ferner die Erklärung, daß kein Theil des Yangtskiang-Thales einer anderen Macht überlassen werden solle, schließlich das Recht, die birmanische Eisenbahn durch Yenan weiterzuführen. Falls China diesen Verpflichtungen nicht nachkommt, soll es bestimmte Einkünfte unter die Kontrolle der britischen Zollverwaltung stellen. Die Verhandlungen werden auf dieser Grundlage geführt werden. Die Chinezen betrachten das Geschäft als vortheilhaft, fürchten jedoch den Widerstand Frankreichs und Russlands, besonders bezüglich der Offnung von Talienvan und Nanning.

Danzig, 18. Januar.

* [Die Errichtung einer technischen Hochschule in Danzig] wird jetzt auch in einer Zuschrift an die „Doss. Ztg.“ sehr warm empfohlen. Es heißt in derselben: Weit entfernt, Aiel auch nur einen der Vorzüge, die es für eine technische Hochschule in sich birgt, schmäler zu wollen, dürfen doch auch bei der Wahl eines Platzes die politischen Gesichtspunkte nicht ganz außer Acht gelassen werden. Der Verfasser geht nun auf die Geschichte Danzigs ein, das einst unter den 77 thilsreichsummittelbaren, theils von weltlichen und geistlichen Fürsten abhängigen Stadtgemeinden durch fast zwei Jahrhunderte von hervorragender Bedeutung in dem Bunde der deutschen Hanse war. Trotz der Jahrhunderte langen polnischen Schuhherrschaft bewahrte sich Danzig seinen eichten deutschen Charakter und nahm auch in unlugbarem psychologischen Zusammenhang hiermit 1523 die Reformation an. Auch alle die späteren Wirren, von denen Danzig bis zur endgültigen Eingliederung in das fest geordnete preußische Staatswesen heimgesucht war, haben in seiner deutschen Gesinnung und Gestaltung nichts zu ändern vermocht. Und jetzt ist es dazu berufen, seinen deutschen Charakter an der Spitze einer von polnischen Sonderbestrebungen durchwühlten Provinz nicht für sich zu bewahren, sondern auch auf die Bevölkerung Westpreußens und der Ostgrenzen unseres geinten Vaterlandes zu übertragen. Wie könnte das erfolgreicher geschehen, als durch die Gründung einer technischen Hochschule inmitten dieser Provinz in seinen Mauern? Aiel hat bereits seine Universität, seine Marineakademie, seine Werften; seine Schiffsbau-Industrie ist hoch entwickelt. Man gebe auch Danzig Gelegenheit zu einer kräftigeren Ausbreitung auf diesem Gebiete. Die neue technische Hochschule soll ja, ganz abgesehen von jeder Politik, nicht der Schiffsbau-Industrie allein zu gute kommen; ihre wissenschaftlichen Ziele gehen weit über eine solche enge Begrenzung hinaus. An geistiger Anregung wird es in Danzig für die studirende Jugend nicht fehlen. Auch in Danzig würde sich die deutsche Schiffsbau-Industrie noch viel kräftiger entwickeln können, wenn es unter dem bedeutenden Einfluß von Theorie und Praxis stände. Endlich gehört es in mercantiller Hinsicht zu den wichtigsten Seehandelsstädten Preußens und des Nordens überhaupt, und bleibt doch immer, wenn auch sein Handel die Blüthe früherer Zeiten nicht wieder erreicht hat, der Hauptvermittler in unseren Beziehungen zu Ruhland.

* [Verleihung einer neuen Standarte.] Der Kaiser hat beschlossen, dem Ulanen-Regiment Graf zu Dohna (ostpreußisches) Nr. 8, das früher in Elbing stand, jetzt in Ostpreußen garnisonirt, an Stelle der bisher geführten alten Standarte eine neue zu verleihen, deren Nagelung und Weiße am Dienstag, den 18. d. Ms., im königl. Schlosse zu Berlin stattfinden soll. Die alte Standarte wurde durch Cabinetsordre vom 8. Oktober und 12. Dezember 1815 dem Regiment verliehen und am 27. Juli 1816 zu Danzig geweiht. Die Standarte führt an Auszeichnungen das Band der Kriegsdenkmünze von 1815, das Band des Militärhrenzeichens mit Schwertern, das Band des Erinnerungskreuzes für 1866 mit Schwertern und das eiserne Kreuz in der Fahnenpitze.

* [Fortsetzung.] Herr Polizeirath Witt hier selbst ist in gleicher Dienstegenschaft nach Breslau versetzt worden.

* [Vorlesungen.] Am königl. Conservatorium zu Leipzig wird neben Musikkwissenschaft und Ästhetik von jezt ab auch das Fach der Literaturgeschichte vertreten sein. Die Vorlesungen in diesem Fach sind Herrn Dr. Ernst Groth aus Lauenburg i. P. einem früheren Danziger Landsmann, übertragen worden. Er lebt in diesem Jahre über die Literatur des 19. Jahrhunderts mit Berücksichtigung ihrer Beziehungen zur Musik.

[Policebericht für den 16. und 17. Januar.] Verhaftet: 6 Personen, darunter 1 wegen Hausfriedensbruchs, 1 wegen thätilichen Angriffs, 1 wegen Körperverletzung, 1 wegen Trunkenheit, 1 Bettelnd, 1 Obdachloser.

- Gefunden: Ein schwarzer Trikotanhänger, 1 Scheinung über Aufrechnung der Quittungskarte I des Unterschreibers Emanuel Matti, 1 Eiternes Kreuz II. Kl. 1 Gelbdraht, abzuholen aus dem Zundbureau der königl. Polizei-Direction. - Verloren: 1 brauner Kindermantelkragen, abzugeben im Zundbureau der königl. Polizei-Direction. - Verloren: 1 brauner Kindermantelkragen, abzugeben im Zundbureau der königl. Polizei-Direction.

Aus der Provinz.

○ Neustadt, 17. Jan. Durch die gestern zum Besten der beiden hiesigen Arankenhäuser erfolgte Aufführung des R. Schumann'schen Chorwerkes „Der Rose Pilgerfahrt“ und anderer Gesangsvorträge Gefang der Geister über den Wassern von Fr. Hitler und einiger Solovorträge ist dem musikliebenden Publikum ein hoher Genuss bereitet worden. An der Aufführung nahmen außer Fräulein Saemann und den Herren Reutener und Rubrich aus Danzig geschätzte hiesige Dilettanten Theil. Der große Saal war dicht gefüllt. Den Verantstaltern der Aufführung sowie den Vertretern der Solopartien wurden reiche Blumenpenden zu Theil.

Graudenz, 17. Jan. Am Sonnabend Nachmittag starb hier der Ehrenbürger der Stadt Graudenz, Herr Kammerjäger Xavier Froelich im Alter von über 75 Jahren. Der Verstorbenen hat seiner Heimatstadt und auch weiteren Kreisen Westpreußens als Geschichtsforscher und Herausgeber von Geschichtswerken vielfach Dienste geleistet. Eine lange Reihe von Jahren gehörte er auch der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung an.

K. Gümsee, 17. Jan. In Folge des gestiegenen Verkehrs reicht das hiesige Bahnhofsgebäude schon seit längerer Zeit nicht mehr für das vorhandene Verkehrsbedürfnis aus. Es ist dies auch von der Eisenbahnverwaltung anerkannt und der Bau eines neuen größeren Bahnhofsgebäudes ist auch seit längerer Zeit in Aussicht genommen, aber bisher noch nicht zur Ausführung gelangt. Dem Vernehmen nach besteht nun mehr die Absicht, daß der Bahnhofsbau in diesem Jahre in Angriff genommen werden wird.

* Aus dem Kreise Lauenburg, 17. Jan. Unser Kreistag hat in der Sitzung vom 13. November v. J. den Bau der sehnlichst gewünschten Strandhauses abgelehnt. Die Vertreter von Leba haben darauf beantragt, es möchte zunächst wenigstens die kurze Chauffestrecke Garbske-Leba (6 Kilom.) hergestellt werden, da der Ausbau des Lebaer Fischereihafens unmittelbar bevorstehe und die Bauverwaltung vorzugsweise aus dem mächtigen Granitsteinlager bei Garbske ihr Baumaterial entnehme. Der Kreistag erkannte die Nützlichkeit der Chauffee an, glaubte aber wegen der schlechten Finanzlage des Kreises die erforderlichen Mittel nicht bewilligen zu können. Die Kosten für die kurze Chauffestrecke sind auf höchstens 8000 Mk. pro Kilometer und, nach Anrechnung der Staatsprämie von 25 Proc. für den Kreis im ganzen auf 36 000 Mk. zu veranschlagen. Diese geringe Summe dürft der Kreis wohl aufbringen können. Das Datum des Kreistages hat um so mehr Überraschung, als in der seligen Sitzung der Kreistag die Genehmigung zu den Vorarbeiten für eine Tertiärbahn von Wierzbuhn nach Landeshow, welche mindestens 150 000 Mark kosten wird, ertheilt hat. Die öffentliche Meinung hofft, daß der nächste Kreistag die Sache günstiger beurtheilen wird, da dem Verein nach unser Herr Landrat sich lebhaft für den Bau der erwähnten Chauffestrecke und ganz besonders für den Ausbau des Lebaer Fischereihafens interessiert soll; der Ausbau des Hafens bildet die notwendige Ergänzung der Bahn Lauenburg-Leba und wird außerordentlich viel zur Hebung und zum Aufblühen des nördlichen Theiles des Kreises beitragen.

Vermischtes.

* [Eine Zeitungsfrau auf dem Dreirad.] Wenn noch früh Berlin im liebsten Schlummer liegt, dann radelt schon eine Zeitungsasträgerin von einer Druckerei zur anderen, um sich die für ihre Kunden bestimmten Zeitungsexemplare zusammenzuholen und sie dann auch gleichzeitig an die Kunden „abzufahren“. Aufsehen erregt die würdige Alte auf ihrem Stahlross kaum.

Petersburg, 15. Jan. Eine große Sendung in Frankreich geprägter Silbermünzen ist auf der Eisenbahn zwischen Reval und hier beraubt worden; mehr als 100 000 Rubel fehlen.

Briefkasten der Redaction.

F. G. Daß höhere Beamte in Hotels etc. auf das Abonnement von conservativen auf dem Standpunkte des Bundes der Landwirthe stehenden Blättern hinzwirken, ist uns auch anderweitig mitgetheilt worden. Wird im Auge behalten.

Standesamt vom 17. Januar.

Geburten: Arbeiter Karl Kalles, S. — Maurergeselle Josef Alois, T. — Arbeiter Friedrich Granke, T. — Arbeiter Heinrich Woynow, S. — Arbeiter August Klein, T. — Arbeiter Karl Krause, T. — Schneidermeister Albert Neh, S. — Arbeiter Hermann Tellkamp, T. — Schiffer Emil Leschmann, T. — Maschinenmeister Johannes Heith, S. — Schiffseigenhüter Franz Grohner, S. — Malergeselle Hermann Kohoska, S. — Arbeiter Wilhelm Mampe, T. — Kutschere Michael Zielke, S. — Müller geselle Emil Duwe, S. — Arbeiter Karl Wigowski, T. — Marinewehrführer Friedrich Karrenbroch, S. — Arbeiter Paul Beyer, S. — Malergeselle Emil Schowinski, S. — Kaufmann Ehrich Döhr, S. — Kaufmann Emil Rutzowski, S. — Arbeiter Heinrich Hildebrandt, S. — Bäckergeselle Johann Engel, S. — Arbeiter August Neumann, T. — Schlossergeselle Joseph Rajkowski, T. — Schmiedegeselle Johann Bierowsky, T. — T. — Unehelich: 1 S., 5 T.

Aufgebote: Arbeiter Friedrich Wilhelm Zachlinski und Rosalie Florentine Murawski, beide hier.

Arbeiter Johann Marcellus Raubach und Theresia Sandor zu Malschütz. — Arbeiter Feliz Litwin und Johanna Clara Hesse alias Hesse, beide hier. — Böttchermeister Hermann Johann Wilhelm Döring und Minna Bertha Caroline Platth zu Rügenwalde. — Maurer Johann Paul Joch hier und Auguste Pommeranz zu Sielau. — Maurer Johann Rudolf Unger hier und Auguste Henriette Gabrowski zu Podgorz. — Räther Carl Gustav Gahr und Anna Wehrler zu Friedersdorf. — Arbeiter Friedrich Mackowski zu Boguslawen und Auguste Ausilia zu Vorwerk Hütte. — Friseur Hermann Wilhelm Theodor Fock und Margaretha Amalie Louise Arbeit, beide hier. — Schlossergeselle Karl Gottlieb Komosinski und Pauline Mathilde Thom, geb. Kwidzinski, beide hier. — Arbeiter Johann Wilhelm Koschinski und Justine Amalie Nikolaus, beide hier.

Heirathen: Schneidemeister Peter Jakobowski und Marthja Junge, beide hier.

Todesfälle: Wwe. Amalie Henriette Friedrich, geb. Schmidt, fast 80 J. — T. d. Arbeiters Georg Ronkel, 6 W. — T. d. Tischhändlers Paul Hennig, 20 Tage. — Wwe. Anna Knebel, geb. Cendrowski, 66 J. — Wwe. Caroline Anna Wegner, geb. Spruth, 78 J. — Wwe. Mathilde Henzel, geb. Brückmann, 66 J. — Frau Caroline Augustine Aprikoli, geb. Borkowsky, 53 J. — Agl. Kammerjäger Karl Wilhelm Rudolf Detting, 87 J. — S. d. Marine-Werkführers Friedrich Karrenbroch, 1 Tag. — Unverehelichte Henriette Sieghorst, 54 J. — Unehel.: 2 S.

Schiffsnachrichten.

Newyork, 15. Jan. (Tel.) Der Bremer Postdampfer „Gera“, von Bremen kommend, ist hier, der hambuger Postdampfer „Allemannia“, von hambug kommend in St. Thomas und der ebenfalls von Bremen kommende dortige Postdampfer „Noiland“ in Baltimore eingetroffen.

Börsen-Depeschen.

Berlin, 17. Jan. (Tel.) Tendenz der heutigen Börse. Die schon am Sonnabend aus Rheinland-Westfalen verbreiteten Meldungen von der Productionsschränkung der Siegerländer Hochöfen und weiter die Beabsichtigung einer dreiprozentigen Einschränkung der Production seitens des Cobes-Syndicats bemerkten bei der Eröffnung einen empfindlichen Toursdruck auf jene Werthe, gattungen, die mit der Cobeserzeugung sich hauptsächlich befassten, während sonstige Werthe des Montanacienmarktes sich gut hielten. Banken fest; Bahnen zumeist gut gebessert. Lombarden, Franzosen schwächer. Italiener anziehend. Megikaner fest. Schluß fest.

Frankfurt, 17. Jan. (Abendbörse) Österreichische Creditanlagen 301½, Franzosen 296½, Lombarden 72, ungar. 4% Goldr. — italienische 5% Rente 94,75. — Tendenz: still.

Paris, 17. Jan. (Schluß-Courie.) Amori. 3% Rente 103,22, 3% Rente —, ungar. 4% Goldr. — Franzosen 735,00, Lombarden —, Tücher 22,45. — Tendenz: fest. — Rohzucker: loco 29½, weißer Zucker per Jan. 31½, per Febr. 31½, per März-Juni 32½, per Mai-August 32½. — Tendenz: fest.

London, 17. Jan. (Schlußcourie.) Engl. Consols 112½, 3½% preuß. Consols —, 4% Russen v. 1889 103½, Türken 22½, 4% ungar. Goldrente 901½, Ägypter 106½, Plat-Discont 2½, Silber 26½. — Tendenz: fest. — Havanna-Zucker Nr. 12 11½. — Rübenrohzucker 9½. — Tendenz: ruhig.

Petersburg, 17. Jan. Wechsel auf London 3 M. 93,75.

Rohzucker.

Privatebericht von Otto Gerike, Danzig. Danzig, 17. Jan. Tendenz: still. 8,97½, M.

einfache wie elegante, liefert preiswerth in
tadeloser, geschmackvoller Ausführung das
Wäsche- und Bettens - Versand - Magazin von

Fr. Carl Schmidt, Danzig, Langgasse 38.

Familien-Nachrichten

Heute entstieß fani. um 2½ Uhr Nachmittags, an Entkräftung unsretheure, vielgeliebte Mutter und Schwiermutter, Groß- und Urgroßmutter.

Kron Malvine v. Kries,

geb. Jachmann.

Ihr Andenken sei gelegnet.

Schmerzerfüllt bittet um stillle Theilnahme

Otto v. Kries,

Smarzovo,

im Namen der trauernden Hinterbliebenen.

Oliva bei Danzig, den 16. Januar 1898.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. Januar, um 12 Uhr, in Smarzovo statt.

Gestern Abend 5½ Uhr verließ sanft nach langem Leiden unter geliebter Vater, Schwieger- und Großvater, Herr Ranzleirath

Xaver Froelich

im 76. Lebensjahr. (845)

In tiefer Trauer
Die Hinterbliebenen.

Graudenz, den 16. Januar 1898.

Die Beerdigung d. Frau Heinrich Friederich, geb. Schmidt, findet Mittwoch, den 19. d. Monats, 2½ Uhr, von der Leichenhalle zu St. Trinitatis in der Allee auf dem Kirchhof dabei statt. Verjammungen der Leidtragenden 2 Uhr im Trauerhaus Poggenpfuhl Nr. 10. 1 Kr.

Steuer-Erläuterungen und Vermögensanzeigen,
Einreichungsfrist 20. Jan. er.
fertigt an Bureauvorsteher G. Voigt.
Betschagen, Promenade 28.
neben d. großen rothen Neubau.

Nordische Elektricitäts-Actien-Gesellschaft

Danzig, Langer Markt 12, I,

übernimmt die

Installation von Haus- u. Fabrikanschlüssen für Licht- und Kraftbedarf

an das städtische Elektricitätswerk der Stadt Danzig.

Reichhaltiges Lager

in Beleuchtungskörpern, Wandarmen, Kronen, Hängelampen.

Lieferung von Elektromotoren.

Kostenanschläge gratis. (570)

Tricot-Tailen, Golf-Blousen, Unterröcke,

sehr grosse Auswahl.

Billigste Preise.

W. J. Hallauer.

Uhrfabrik UNION Glashütte i. S.
Feinste Präzisions-Taschen-Uhren und Chronometer.
Zu beziehen durch alle guten Uhrgeschäfte.

Wegen Geschäfts-Aufgabe
wird der Ausverkauf fortgesetzt.
Strümpfe, Strumpfhosen, Handtücher, Capotten, Schulterkragen, Strümpfe aller Art, Portemonnaies, sowie sämtliche Kurzwaren zu und unterm Kostenpreise. (3363)

Rohlengasse 2. Marie Schmidt, Rohlengasse 2.

Holzverkauf aus dem Stiftungs-Förstrevier Bankau.

Montag, den 24. Januar er.,

Mittwochs von 10 Uhr ab,

im Restaurant zur Ostdahn in Ober-

Es kommen zum Angebot:

Aus dem alten Einfüllage: 12

Stück Buchen mit 40 fm.

Aus dem neuen Einfüllage:

Eichen: ca. 11 Stück schwache

Nüchtern, 9 Stück Stangen 1.

bis 3. Al. 7 rm Aloben, 1 rm

Anüppel.

Buchen: ca. 20 rm Aloben,

100 rm Anüppel, 15 rm Stubben

1. und 2. Al.

Birken und Espen: Einige

Nüchtern und Stangen, 2 rm

Aloben.

Rothföhnen: ca. 14 Stück mit

4.11 fm. 23 Stangen 1.-3. Al.

Asiern: ca. 360 Stück mit

180 fm., 8 rm Schichtholz

1. und 2. Al., ca. 120 Stück

Stangen 1.-3. Al. ca. 100 rm

Aloben, 80 rm Anüppel, 90 rm

Stubben und 20 rm Reifer 1. Al.

Danis, den 14. Januar 1898.

Offerter unter B. 423 an die

Expedition dieser Zeitung erbeten.

1 gute alte Geige

mit schönem Ton ist umständlich

billig zu verk. Hundegasse 5. II.

Einen größeren Posten

guter gebrauchter Kleie-Gäcke

kauen (821)

W. Loga & Co.,

Thorn.

1 Stahlbl. Doggenrübe, 1/2 J.

alt, sehr wachsam u. treu. Ohren

ff. gefüllt, weg. Blähm, verkäuf

Off. unter B. 452 an die

Expedition dieser Zeitung erbeten.

Gebülländische arbeitende

Büchhalter,

mit Bücherabschluß durchaus ver-

traut, wird nur aus Aushilfe tägl.

2-3 Stunden für 1-2 Monate

ge. Gott. dauernde Stell. wob.

Rässerpost, u. übernehmen, wäre.

Off. mit Gehaltsanträgen unt.

B. 439 a. d. Ergeb. d. 3. Jg. erb.

Zu vermieten.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.

1. Etage, 5 Zimmer, Bade- und

Mädchenstube nebst Zubehör.